

Giorgio Tuti, Präsident SEV

SGB-Medienkonferenz 2x Nein für einen starken Service public, 3.5.2016

Bewährtes nicht in Frage stellen

Die «Pro Service public-» und die «Milchkuh»-Initiative» stellen die Grundprinzipien des Service public sowie das System der nichtzweckgebundenen Steuergelder in Frage. Damit gefährden sie eines der weltbesten ÖV-Systeme, um welches die Schweiz zurecht immer wieder beneidet wird.

«Pro Service public»-Initiative

Wir sind mit dem Dienstleistungsabbau – und den Cheflöhnen! – von SBB, Post und Swisscom auch nicht einverstanden. Diesen Umstand ändert man aber nicht, indem man sinnvolle und funktionierende Grundprinzipien des Service public in Frage stellt, wie dies die Initiative verlangt.

Grundversorgung ohne Gewinn?

Fernverkehr ist ein Teil der Grundversorgung, der durch die SBB sichergestellt wird. Sie betreibt diesen eigenwirtschaftlich. Gewinne, welche die SBB im Personenfernverkehr erzielt, werden vom Bund nicht abgeschöpft, sondern werden von der SBB für weitere Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs eingesetzt. So kann mit dem Gewinn zum Beispiel neues Rollmaterial gekauft werden. Die Initiative aber schreibt vor, dass der Bund in der Grundversorgung nicht nach Gewinn strebt. Dies würde nicht zur Stärkung des Service public beitragen, ganz im Gegenteil: Nur Leistungsabbau oder Preiserhöhungen wären die Folge.

«Milchkuh»-Initiative

Wo bleibt der Volkswille?

Vor rund zwei Jahren hat das Volk einem Bahninfrastrukturfonds zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) deutlich zugestimmt. Der Fonds sieht vor, dass neun Prozent des Reinertrages der zweckgebundenen Mineralölsteuer zur vollständigen Rückzahlung der Bevorschussung des FinöV-Fonds verwendet wird. Es ist unsinnig, einfach einen Teil aus der aufeinander abgestimmten und sorgfältig austarierten Finanzierung des Bahninfrastrukturfonds herauszuberechnen. Damit wird der ÖV entgegen dem Volkswillen geschwächt.

Aber auch der regionale Personenverkehr müsste Haare lassen, wenn 1,5 Milliarden Franken neu statt in der Bundes- in der Strassenkasse landen.

Rückverlagerung auf die Strasse provozieren?

Die «Milchkuh»-Initiative wird im öffentlichen Verkehr also unweigerlich Abbau und Preiserhöhungen bewirken. Das wiederum führt dazu, dass ein Teil der ÖV-Kunden wieder auf das eigene Auto umsteigen wird, da sie nicht bereit sind, diese Verschlechterungen hinzunehmen. Es kann jedoch weder im Sinne der Nachhaltigkeit noch im Sinne der AutomobilistInnen sein, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu steigern.